Wallis | Frauen sind in der Walliser Politik untervertreten, stärker als noch vor vier Jahren

Problem ohne Lösung?

Frauen haben es nach wie vor schwerer als Männer, ein politisches Amt zu erreichen. Dieses Problem harrt einer Lösung.

«Frauen Solidarität» organisierte am Samstag ein Podiumsgespräch im Grossratssaal. An zwei separaten Gesprächsrunden setzten sich Walliser Politikerinnen und alle Unterwalliser Parteipräsidenten mit der Untervertretung der Frauen in den politischen Gremien im Kanton auseinander. Die zweisprachig geführte und live auf Kanal 9 übertragene Diskussion brachte insofern etwas, als die Problematik medienwirksam in den Fokus gestellt wurde. Konkrete Lösungen, die sich die Organisatoren erhofft hatten, konnten die Teilnehmenden indes nicht nach Hause und in ihre Parteien tragen. Allerdings skizzierten einige der Debattierenden einen Ausweg aus der aktuellen Situation. Exponenten linker Parteien sprachen sich einhellig für eine Anpassung mittels Geschlechterquoten aus. Den Aussagen der anwesenden Politikerinnen war allerdings zu entnehmen, dass sie nicht unbedingt für eine Quotenregelung einstehen. Dies ist wohl nicht ausschliesslich auf die Parteizugehörigkeit zurückzuführen. | **Seite 2**

Seltenheitswert. Fünf Frauen (vorne von links: Sabrina Ianniello, Nadine Reichen, Viola Amherd, Jennifer Näpfli und Géraldine Marchand-Balet) auf den Plätzen der Staatsräte im Grossratssaal. FOTO WB

Politik | Wie bringt man mehr Frauen in die Politik? – Frauen und Männer diskutierten getrennt

Frauenprobleme – oder sind doch die Männer schuld?

SITTEN | Walliser Politikerinnen und Parteipräsidenten suchten am Samstag nach der Lösung der «Frauenfrage». Einblicke eines Zaungasts, der auch keine weiss.

FRANCO ARNOLD

Die Walliser Politik ist eine Männerdomäne. Zwar ist mit Esther Waeber-Kalbermatten eine Frau in der Regierung vertreten und mit Marcelle Monnet-Terrettaz besetzt zum vierten Mal eine Frau das höchste Amt im Kanton. Ein Blick auf den Grossen Rat und die Gemeindeexekutiven gibt allerdings ein anderes Bild wieder: In der Walliser Legislative sitzen gerade mal 20 Frauen, was einem Anteil von 16 Prozent entspricht. Vier Jahre zuvor lag diese Quote immerhin bei rund einem Viertel. Noch offensichtlicher wird die Problematik auf Kommunalebene. Bloss zehn der 135 Walliser Gemeinderäte werden von einer Frau präsidiert. In immerhin doppelt so vielen Gemeinden gibt es eine Vizepräsidentin.

Solche Zustände passen eigentlich nicht ins Bild einer modernen Gesellschaft, wo das weibliche Geschlecht zeitweise die Mehrheit im Bundesrat stellte, wo rund ein Drittel der Nationalratsmandate von Frauen besetzt sind, wo eine Frau das Steuer der wirtschaftsstärksten Nation Europas in der Hand hält.

Ist der Fehler bei den Parteien zu suchen?

Dass es in der Politik – sowie in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen – Frauen braucht, streiten wohl nur noch vereinzelt Reaktionäre ab, die einem verklärten patriarchalischen Gesellschaftsbild nachtrauern. Doch warum ist die Walliser Politlandschaft nach über 40 Jahren Frauenstimmrecht nach wie vor feminines Ödland und wie kann man an dieser Misslage etwas ändern?

«Frauen Solidarität» lud am Samstagmorgen in den Grossratssaal, um «konkrete Auswege» aus der aktuellen Situation zu finden. Es diskutierten in einer ersten Runde gewählte Walliser Politikerinnen, in einer zweiten Runde die Unterwalliser Parteipräsidenten. Allein der Umstand, dass am zweiten Tisch keine einzige Frau sass, spricht Bände.

Die Präsidenten wehrten sich natürlich dagegen, dass die Parteistrukturen per se frauenfeindlich wären. Xavier Mottet, Präsident FDP Wallis, strich die innerparteiliche demokratische Praxis hervor, was auch niemand in Zweifel zog. Nationalrätin Viola Amherd zeigte indes auf, wo der Kern des Problems liegt: Ist ein Posten vakant, melden meistens Männer ihre Ambitionen an, während sich ihre weiblichen Gesinnungsgenossen hintanstellen. «Es ist aber wichtig, dass auch Frauen ihre Forderungen stellen», so Amherd. Sei es nun innerhalb der Partei oder auf einen Listenplatz. In dieser Hinsicht seien vor allem die Frauen gefragt, waren sich alle einig.

Bringen Frauenquoten eine Lösung?

Während Exponenten der eher konservativen und rechts stehenden Parteien den gesellschaftlichen Wandel, der sich ohnehin vollziehe, als Lösung der Frauenfrage priesen, setzten ihre linken Diskussionspartner auf Quoten. Gaël Bourgeois, Präsident der SP Unterwallis, entpuppte sich zwar als genereller Gegner von Quotenregelungen, «doch manchmal sind sie unumgänglich».

Für ein Raunen sorgte der Einwand von SVPU-Co-Präsident Cyrille Fauchère. Er befürchtet bei einer quotenbedingten Geschlechterparität im Grossen Rat einen Qualitätsverlust im Parlament. Warum regionale und sprachliche Quoten im Gegenzug keine qualitativen Einbussen mit sich bringen, liess er unbeantwortet.

Interessant bei der ganzen Quotendiskussion war allerdings, dass die diskutierenden Politikerinnen sie fast gar nicht erwähnten. Es scheint, als hätte der Einwand der rechten Parteipräsidenten, Quoten seien indirekt degradierend oder gar beleidigend für die betroffenen Kandidatinnen, doch seine Berechtigung. Denn welche Frau würde gerne nur des Geschlechts willens in ein Amt gewählt werden – als sogenannte Alibi- oder Quotenfrau?

Wenn schon sollten gezielt rekrutierte Kandidatinnen ein entsprechendes Coaching erhalten, damit sie eben nicht als Listenfüllerinnen dastehen müssen, befand SVPU-Suppleantin Nadine Reichen.

Liegt die Lösung im Problem selbst?

Dass die Männer alleine die Schuld an der Untervertretung der Frauen tragen, würde zu kurz greifen. Konkrete Lösungen konnten die anwesenden Vertreter des stärkeren Geschlechts indes keine aufzeigen, ausser die Frauen aufzurufen, sich doch aktiv in der Politik zu engagieren.

Die Grossratspräsidentin Marcelle Monnet-Terrettaz resümierte nach der etwa dreistündigen Diskussion, dass sie zu ihrem Leidwesen mehr Lösungen von den anwesenden Frauen als von den Männern gehört habe. Dies stimmt nur bedingt, denn alle waren sich einig darin, dass es nicht den Prototyp der Politikerin gebe und somit keine Patentlösung parat stehe. Das Individuum steht halt immer noch im Vordergrund, ob nun Männlein oder Weiblein.

«Warum sollte ich als Mann den Frauen Ratschläge erteilen, wie man als Frau in die Politik kommt?», stellte Gaël Bourgeois abschliessend die Frage in der Raum. Bloss eine Ausrede? Oder sind die männlichen Ratschläge vielleicht genau die Ursache dafür, warum bei der Runde der Parteipräsidenten sechs Männer und nicht sechs Frauen debattierten?

Kein einfaches Unterfangen

Es ist nicht einfach, als Frau in der Politik Fuss zu fassen. Ist dies geglückt, wird es aber nicht einfacher. «Vielfach werde ich belächelt und nicht so richtig ernst genommen», beschreibt Jennifer Näpfli ihre Schwierigkeiten als Politikerin. Erst seit diesem Jahr als SP-Suppleantin im Amt, wurde sie bereits mehrfach mit solchen Vorurteilen konfrontiert. Viola Amherd bestätigte dies: «Als Frau wird man sehr stark beobachtet. Man darf sich deshalb keine Fehler leisten.» Dies sei auch bei ganz nebensächlichen Dingen der Fall, wie beispielsweise der Frisur oder dem Aussehen allgemein.

Die Unterwalliser FDP-Suppleantin Sabrina Ianniello sagt hingegen, es treten keine Schwierigkeiten auf, bloss weil man weiblich sei. Sie sei jung, weiblich und Tochter eines Immigranten, dennoch habe man sie gewählt. Die junge Abgeordnete strotzt zwar nur so vor Selbstvertrauen, doch hat auch sie mit Vorurteilen zu kämpfen, wie sich im weiteren Gesprächsverlauf zeigte, was sie aber ungern eingestand.

«Es ist wichtig, dass auch Frauen ihre Forderungen stellen»

Viola Amherd, Nationalrätin (CVP)

«Die Diskussion Frau - Mann ist überflüssig. Es braucht eine Gleichbehandlung»

Sabrina Ianniello, Grossratssuppleantin (FDP)

«Die Partei muss antizipieren und sollte Alibi-Kandidatinnen zurückweisen»

Géraldine Marchand-Balet, Grossrätin (CVP)

«Es beginnt im Alltag, dass wir Frauen über Politik reden»

Jennifer Näpfli, Grossratssuppleantin (SP)

«Parteien sollten zwei bis drei Frauen auf eine Liste nehmen und sie dann coachen»

Nadine Reichen, Grossratssuppleantin (SVP)